

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

Berliner Handbücher

Handbuch des arbeitsgerichtlichen Verfahrens

Eine systematische Darstellung des gesamten
Verfahrensrechts mit einstweiligem Rechtsschutz und
Zwangsvollstreckungsrecht

von

Dr. Alexander Ostrowicz

Präsident des
Landesarbeitsgerichts
Schleswig-Holstein a.D.

Dr. Reinhard Künzl

Vorsitzender
Richter am
Landesarbeitsgericht München

Christian Scholz

Vorsitzender Richter
am Landesarbeitsgericht
Schleswig-Holstein

6., völlig neu bearbeitete Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
ESV.info/978-3-503-19144-4

Es bearbeiteten:	
Dr. Ostrowicz:	Kapitel 4, 5, 7, 8 und 10
Dr. Künzl:	Kapitel 1, 2 und 3
Scholz:	Kapitel 6 und 9
Zitiervorschlag: O/K/S/Bearbeiter	

1. Auflage 2000
2. Auflage 2002
3. Auflage 2006
Die 1. bis 3. Auflage erschienen unter „Ostrowicz/Künzl/Schäfer“
4. Auflage 2010
5. Auflage 2014
6. Auflage 2020

Gedrucktes Werk: ISBN 978-3-503-19144-4
eBook: ISBN 978-3-503-19145-1

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2020
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der 9/9,5 p Stempel-Garamond

Satz: L101 – Agentur für Mediengestaltung und -produktion, Fürstenwalde
Druck und Bindung: Hubert & Co, Göttingen

Vorwort zur 6. Auflage

Der Arbeitsgerichtsprozess ist bei allen Besonderheiten des Verfahrens auch ein echter Zivilprozess, wie zahlreiche Verweise auf die Vorschriften der ZPO belegen. Gesetzliche Änderungen der ZPO wirken sich daher in aller Regel im arbeitsgerichtlichen Verfahren aus. Daneben sind Gesetzesänderungen speziell im ArbGG zu beachten.

Das Handbuch behandelt in einer systematischen Bestandsaufnahme alle Verfahrensfragen des Arbeitsgerichtsprozesses einschließlich des einstweiligen Rechtsschutzes und der Zwangsvollstreckung. Besonderes Anliegen der Verfasser ist es dabei, dem Leser neben den Besonderheiten des arbeitsgerichtlichen Verfahrens, die Zusammenhänge und Gemeinsamkeiten mit dem Zivilprozessrecht verständlich zu machen.

Das Buch ist für die Praxis geschrieben und wendet sich an Prozessvertreter (Anwälte und Vertreter der Verbände) und an die Berufsrichter der Arbeitsgerichtsbarkeit. Ihnen soll die Darstellung eine Hilfe nicht nur bei der Einarbeitung in die Materie, sondern auch bei der konkreten Prozessvorbereitung und Prozessführung bieten.

Bereits in der 5. Auflage wurden die gesetzlichen Neuregelungen des Rechtsschutzes bei überlangen Gerichtsverfahren und zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung, ebenso das 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz und das Gesetz zur Änderung des Prozesskostenhilfe- und Beratungshilferechts eingearbeitet. In ihrer – alle Bereiche des arbeitsgerichtlichen Verfahrens erfassenden – Neuauflage haben die Verfasser alle aktuellen Gesetzesänderungen (Stand: 31.01.2020) berücksichtigt. Das sind insbesondere die Regelungen über die Erweiterung der Zuständigkeit in Beschlussverfahren und der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren, die Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs, die Einführung der elektronischen Akte sowie die Neufassung über die Revisionsbeschwerde nach § 77 ArbGG und schließlich die Neufassung von § 98 Abs. 6 ArbGG (Verfahren bei Streit über eine Allgemeinverbindlichkeit).

Die Verfasser haben in ihrer Darstellung die aktuelle Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und neuere bedeutsame Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte eingearbeitet. Der zunehmenden Bedeutung gerichtlicher Zuständigkeiten in der Europäischen Union wird weiterhin Rechnung getragen. Die Lösung von Streitfragen orientiert sich nach wie vor in erster Linie an der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, ohne dabei das arbeitsrechtliche Schrifttum zu vernachlässigen. Rechtsprechung und Schrifttum sind bis zum 30.9.2019 berücksichtigt.

Das arbeitsgerichtliche Verfahrensrecht hat sich als außerordentlich effizient erwiesen, seine Strukturen und Verfahrensregelungen haben sich bewährt. Diese Erfolge sollten auch zukünftig nicht aus sachfremden politischen Erwägungen in Frage gestellt werden.

Das Werk richtet sich in erster Linie an Praktiker des Arbeitsrechts. Besonderer Wert ist deswegen auf die Lesbarkeit gelegt. Wenn bei der Darstellung überwiegend die männliche Form gewählt ist, so geschieht das immer „Pars pro Toto“ für alle Leser und Leserinnen.

Kiel, Kronshagen, Nittendorf
im März 2020

Die Verfasser

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 6. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII

KAPITEL 1: Grundlagen	1
--	----------

KAPITEL 2: Urteilsverfahren	5
--	----------

1	Klage	5
2	Klagearten	42
3	Allgemeine Klagevoraussetzungen	61
4	Einreichung der Klageschrift bzw. von Schriftsätzen	63
5	Verfahrensgang des Klageverfahrens	114
6	Gütetermin	132
7	Kammertermin	150
8	Beendigung des Rechtsstreits	184
9	Urteil	204
10	Kosten	212
11	Streitwertbemessung	218
12	Schriftliches Verfahren und Videoverhandlung	245
13	Rechtskraft	246
14	Korrektur des Urteils	254
15	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	257
16	Mahnverfahren	265
17	Maßnahmen gegen Gerichtspersonen	273
18	Entschädigung wegen überlanger Verfahrensdauer	278

KAPITEL 3: Berufungsverfahren	281
--	------------

1	Einleitung	281
2	Statthaftigkeit der Berufung	282
3	Beschwer	283
4	Zulassung der Berufung	287
5	Anwendung der das erstinstanzliche Verfahren betreffenden Vorschriften	291
6	Eingeschränkte Prüfungskompetenz	294
7	Einlegung der Berufung	296
8	Präklusionsvorschriften	310
9	Zurückverweisung	317
10	Ergänzende Anwendung der §§ 511 ff. ZPO	324
11	Urteil	330
12	Zulassung der Revision	334
13	Gerichtskostenregelung im Berufungsverfahren	334

KAPITEL 4:		
Revisionsverfahren		337
1	Rechtsgrundlagen	337
2	Revisible Urteile	340
3	Zulassung der Revision durch das Landesarbeitsgericht	342
4	Die Nichtzulassungsbeschwerde	368
5	Die sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Berufungsurteils (§ 72b ArbGG)	395
6	Die Revision	398
7	Die Revisionsbegründung	404
8	Die Sprungrevision	457
 KAPITEL 5:		
Beschwerdeverfahren		465
1	Einführung	465
2	Andere Rechtsbehelfe	466
3	Die sofortige Beschwerde gegen Entscheidungen der ersten Instanz	470
4	Beschwerde gegen Entscheidungen des Landesarbeitsgerichts	482
5	Die Anhörungsrüge nach § 78a ArbGG	492
 KAPITEL 6:		
Beschlussverfahren		501
1	Zuständigkeit im Beschlussverfahren	501
2	Örtliche Zuständigkeit (§ 82 ArbGG)	511
3	Funktionelle Zuständigkeit	513
4	Einleitung des Beschlussverfahrens (Bedeutung des Antrags)	513
5	Durchführung des Beschlussverfahrens	529
6	Rechtskraft	552
7	Besondere Beschlussverfahren	553
 KAPITEL 7:		
Beschwerde im Beschlussverfahren		559
1	Grundsätze	559
2	Anzuwendende Vorschriften	559
3	Zulässigkeitsvoraussetzungen der Beschwerde	561
4	Einlegung der Beschwerde	563
5	Begründung der Beschwerde	564
6	Die Verwerfung der unzulässigen Beschwerde	567
7	Das weitere Verfahren bei Zulässigkeit der Beschwerde	569
8	Die Zulassung der Rechtsbeschwerde	576
9.	Vollstreckbarkeit und Rechtskraft – Kosten und Streitwert	576

KAPITEL 8:		
Rechtsbeschwerde im Beschlussverfahren		577
1	Grundsätze	577
2	Rechtsbeschwerdefähige Beschlüsse	577
3	Die sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Beschwerdebeschlusses	579
4	Die Verfahrensgrundsätze	579
5	Vertretung der Beteiligten	580
6	Zulassung der Rechtsbeschwerde	580
7	Die Nichtzulassungsbeschwerde	581
8	Das Rechtsbeschwerdeverfahren	583
9	Die Anschlussrechtsbeschwerde	588
10.	Die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts	588
11	Sprungrechtsbeschwerde	592

KAPITEL 9:		
Einstweiliger Rechtsschutz		595
1	Einleitung	595
2	Grundsätze des einstweiligen Rechtsschutzes im Zivilprozess	595
3	Vorläufiger Rechtsschutz im arbeitsgerichtlichen Urteilsverfahren	604
4	Vorläufiger Rechtsschutz im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren ...	641
5	Vorläufiger Rechtsschutz im Arbeitskampf	665

KAPITEL 10:		675
Zwangsvollstreckung im arbeitsgerichtlichen Verfahren		675
1	Allgemeines	675
2	Grundlagen des Zwangsvollstreckungsrechts	675
3	Arbeitsgericht als Vollstreckungsorgan	696
4	Zwangsvollstreckung und Insolvenz	706
5	Fortsetzung der Zwangsvollstreckung bei Auflösung einer juristischen Person	706
6	Kosten der Zwangsvollstreckung – Gegenstandswert	707
7	Rechtsbehelfe bei Zwangsvollstreckung durch das Arbeitsgericht	707
8	Vollstreckungsgegenklage (§ 767 ZPO)	711
9	Zwangsvollstreckung im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren	716

ANHANG:		
Streitwertkatalog für die Arbeitsgerichtsbarkeit		727
Vorbemerkung		727
1.	Urteilsverfahren	727
2.	Beschlussverfahren	733
Literaturverzeichnis		737
Sachverzeichnis		741

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 6. Auflage	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII

KAPITEL 1: Grundlagen 1

KAPITEL 2: Urteilsverfahren 5

1	Klage	5
1.1	Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten	6
1.2	Zuständigkeit der Arbeitsgerichte	6
1.2.1	Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten	6
1.2.2	Streitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien und zwischen diesen und Dritten (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 ArbGG)	7
1.2.3	Unerlaubte Handlungen im Zusammenhang mit Arbeitskämpfen (§ 2 Abs. 1 Nr. 2, 1. Alt. ArbGG) und Streitigkeiten um die Vereinigungsfreiheit und Betätigungsgarantie (§ 2 Abs. 1 Nr. 2, 2. Alt. ArbGG)	8
1.2.4	Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern	9
1.2.4.1	Arbeitnehmerbegriff	9
1.2.4.2	Arbeitnehmern gleichgestellte Personen	12
1.2.4.3	Arbeitgeberbegriff	13
1.2.4.4	Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis (§ 2 Abs. 1 Nr. 3a ArbGG)	14
1.2.4.5	Bestandsstreitigkeiten (§ 3 Abs. 1 Nr. 3b ArbGG)	16
1.2.4.6	Eingehung und Nachwirkung des Arbeitsverhältnisses (§ 2 Abs. 1 Nr. 3c ArbGG)	17
1.2.4.7	Unerlaubte Handlung im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis (§ 2 Abs. 1 Nr. 3d ArbGG)	17
1.2.4.8	Arbeitspapiere (§ 2 Abs. 1 Nr. 3e ArbGG)	18
1.2.4.9	Streitigkeiten nach § 8 AEntG	19
1.2.5	Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern/Hinterbliebenen mit Arbeitgebern um Ansprüche im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis (§ 2 Abs. 1 Nr. 4a ArbGG) sowie mit gemeinsamen Einrichtungen (§ 2 Abs. 2 Nr. 4b ArbGG)	19
1.2.6	Streitigkeiten mit Trägern der Insolvenzsicherung (§ 2 Abs. 1 Nr. 5 ArbGG) sowie Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und gemeinsamen Einrichtungen oder Trägern der Insolvenzsicherung (§ 2 Abs. 1 Nr. 6 ArbGG)	20
1.2.7	Streitigkeiten zwischen Entwicklungshelfern und Entwicklungshilfeträgern (§ 2 Abs. 1 Nr. 7 ArbGG) und zwischen Trägern und Helfern nach dem Gesetz zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres und bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Trägern des freiwilligen ökologischen Jahres und Teilnehmern nach dem Gesetz zur Förderung des freiwilligen ökologischen Jahres (§ 2 Abs. 1 Nr. 8 ArbGG)	20

1.2.8	Streitigkeiten zwischen dem Bund oder den Einsatzstellen des Bundesfreiwilligendienstes oder deren Trägern und Freiwilligen nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (§ 2 Abs. 1 Nr. 8a ArbGG)	20
1.2.9	Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern aus gemeinsamer Arbeit oder unerlaubter Handlung, soweit diese im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis steht (§ 2 Abs. 1 Nr. 9 ArbGG)	21
1.2.10	Streitigkeiten zwischen behinderten Menschen im Arbeitsbereich von Werkstätten für behinderte Menschen und den Trägern der Werkstätten aus den in § 221 SGB IX geregelten arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnissen (§ 2 Abs. 1 Nr. 10 ArbGG)	21
1.2.11	Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wegen Arbeitnehmererfindungen (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 ArbGG) und Urheberrechten (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 ArbGG)	22
1.2.12	Zusammenhangsstreitigkeiten (§ 2 Abs. 3 ArbGG)	22
1.2.13	Vereinbarung arbeitsgerichtlicher Zuständigkeit (§ 2 Abs. 4 ArbGG)	24
1.2.14	Rechtsnachfolge (§ 3 ArbGG)	24
1.2.15	Rechtswegverweisung	27
1.2.15.1	Prüfung der Rechtswegzuständigkeit und Verweisung	27
1.2.15.2	Kompetenzkonflikt	29
1.3	Örtliche Zuständigkeit der Gerichte für Arbeitssachen	29
1.3.1	Allgemeiner Gerichtsstand	29
1.3.2	Besondere Gerichtsstände	30
1.3.2.1	Ausschließliche und Wahlgerichtsstände	30
1.3.2.2	Gerichtsstand des Erfüllungsortes (§ 29 ZPO)	30
1.3.2.3	Gerichtsstand des regelmäßigen Arbeitsortes (§ 48 Abs. 1a ArbGG)	30
1.3.2.4	Gerichtsstand des Insolvenzverwalters	33
1.3.2.5	Gerichtsstand der Niederlassung	33
1.3.2.6	Gerichtsstand der unerlaubten Handlung	33
1.3.2.7	Gerichtsstand bei Geschlechtsdiskriminierung	33
1.3.2.8	Widerklage	34
1.3.2.9	Gerichtsstandsvereinbarung	34
1.3.2.10	Rügelose Einlassung	35
1.3.2.11	Örtliche Unzuständigkeit und Gerichtsstandsbestimmung	35
1.4	Sachliche und funktionelle Zuständigkeit (§ 8 Abs. 1 ArbGG) ...	37
1.5	Internationale Zuständigkeit	38
1.5.1	Staatenimmunität	38
1.5.2	Die internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	39
2	Klagearten	42
2.1	Leistungsklage	42
2.1.1	Bestimmter Antrag	42
2.1.2	Unbezahlter Klageantrag	44
2.1.3	Teilklagen	44
2.1.4	Entschädigung nach § 61 Abs. 2 ArbGG	45
2.2	Feststellungsklage	46
2.3	Gestaltungsklage	49
2.4	Klage auf künftige Leistung	51
2.5	Besondere Klagearten	52
2.5.1	Drittschuldnerklage	52
2.5.2	Klage wegen fehlgeschlagener Vergütungserwartung	53

2.5.3	Kündigungsschutzklage	54
2.5.4	Klage auf Änderung der Arbeitszeit	58
2.5.5	Überstundenklage	60
3	Allgemeine Klagevoraussetzungen	61
4	Einreichung der Klageschrift bzw. von Schriftsätzen	63
4.1	Form der Klage bzw. von Schriftsätzen	63
4.2	Inhalt der Klageschrift	67
4.2.1	Angabe des Gerichts und Bezeichnung der Parteien	67
4.2.2	Angabe des Gegenstands und des Grundes des erhobenen Anspruchs	72
4.2.3	Bestimmter Antrag	72
4.2.4	Brutto- und Nettoanträge	76
4.2.5	Zinsanspruch	78
4.2.6	Klageänderung	78
4.2.7	Parteiänderung	79
4.2.8	Drittbeteiligung (Haupt- und Nebenintervention; Streitverkündung)	80
4.3	Fristen	84
4.3.1	Kündigungsschutzklage; Bestandsschutzklage	84
4.3.2	Vertragliche oder tarifliche Ausschlussfristen	86
4.4	Vertretung	87
4.4.1	Prozessführung ohne Vertretung	87
4.4.2	Vertretung der Parteien	88
4.4.3	Zurückweisung der Partei oder von Parteivertretern	93
4.4.4	Vollmacht (Erteilung, Umfang, Erlöschen, gerichtliche Prüfung)	94
4.5	Kostenvorschuss und Prozesskostenhilfe	96
4.5.1	Kein Kostenvorschuss	96
4.5.2	Rechtsanwaltskosten/Gebührevorschuss, sonstige außergericht- liche Kosten	97
4.5.3	Prozesskostenhilfe	98
4.5.3.1	Antragstellung	99
4.5.3.2	Bedürftigkeit	101
4.5.3.3	Erfolgsaussichten und Mutwillen	106
4.5.3.4	Prozesskostenhilfebewilligungsverfahren	108
4.5.3.5	Änderung der Prozesskostenhilfebewilligung	111
4.5.3.6	Rechtsmittel	113
4.5.3.7	Kosten des Prozesskostenhilfeverfahrens	113
4.5.3.8	Rechtsanwaltsgebühren bei Mehrvertretungen	114
5	Verfahrensgang des Klageverfahrens	114
5.1	Zustellung der Klageschrift	114
5.2	Regelung der Zustellung	115
5.2.1	Zustellung allgemein	116
5.2.2	Öffentliche Zustellung	118
5.2.3	Auslandszustellung	119
5.2.4	Heilung von Zustellungsmängeln	120
5.2.5	Rechtsfolgen der Klagezustellung	120
5.3	Terminbestimmung und Terminverlegung	122
5.4	Zuständigkeits- und Verfahrenskonflikte	123
5.4.1	Nicht ordnungsgemäße Klageschrift	123
5.4.2	Verweisung bei Rechtswegunzuständigkeit	123
5.4.3	Verweisung bei örtlicher Unzuständigkeit	125

5.4.4	Verweisung in die richtige Verfahrensart	126
5.4.5	Zuständigkeitsbestimmung	126
5.5	Ladung zum Güetermin	126
5.6	Einlassung der beklagten Partei	127
5.6.1	Sachvortrag	127
5.6.2	Aufrechnung	128
5.6.3	Auflösungsantrag	130
5.6.4	Anerkenntnis	130
5.6.5	Streitverkündung	131
5.6.6	Widerklage	131
5.6.7	Nichterscheinen	132
6	Güetermin	132
6.1	Gerichtsbesetzung und Verfahren	133
6.2	Erörterung des Sach- und Streitstands	133
6.3	Befugnisse des Vorsitzenden im Güetermin	134
6.4	Hinwirken auf gütliche Streitbeilegung und Vergleichsschluss ...	137
6.5	Verzichts-/Anerkenntnisurteil	137
6.6	Nichterscheinen einer oder beider Parteien	138
6.7	Alleinentscheidung bei örtlicher Unzuständigkeit und bei Aussetzung des Verfahrens	140
6.8	Alleinentscheidung des Vorsitzenden auf Antrag beider Parteien	141
6.9	Aufklärungsmaßnahmen des Vorsitzenden und Beweisanordnung	142
6.10	Ladung zum persönlichen Erscheinen	144
6.11	Außergerichtliche Mediation und das Verfahren vor dem Güte- richter	146
6.11.1	Außergerichtliche Mediation	146
6.11.2	Güterichterverfahren	147
6.11.2.1	Person des Güterichters	147
6.11.2.2	Einleitung des Güterichterverfahrens	148
6.11.2.3	Durchführung des Güterichterverfahrens	149
7	Kammertermin	150
7.1	Vorbereitung der streitigen Verhandlung	150
7.2	Besetzung des Gerichts	150
7.3	Maßnahmen gegen Gerichtspersonen	152
7.4	Beginn der Kammerverhandlung	152
7.5	Erörterung des Sach- und Streitstandes	153
7.5.1	Zurückweisung verspäteten Parteivortrags	153
7.5.2	Flucht in die Säumnis	158
7.6	Einlassung der beklagten Partei	158
7.6.1	Anerkenntnis	158
7.6.2	Aufrechnung	158
7.6.3	Vergleich	158
7.6.4	Nichtbestreiten und Geständnis	159
7.6.5	Geltendmachung von Einwendungen	159
7.6.6	Verbindung und Trennung von Prozessen	161
7.7	Grundsätze des Verfahrens	162
7.7.1	Dispositionsmaxime	162
7.7.2	Bebringungs- oder Verhandlungsgrundsatz	163
7.8	Beweisverfahren	163
7.8.1	Darlegungs- und Beweislast	163
7.8.2	Beweiserheblichkeit	167

7.8.3	Beweisbedürftigkeit	167
7.8.4	Beweisantritt	168
7.8.5	Beweismittel	170
7.8.6	Anordnung von Beweiserhebung (Urkundenvorlage, Augen- scheinseinnahme, Ladung von Zeugen oder Sachverständigen) ...	174
7.8.7	Verschaffen von Beweismitteln	175
7.8.8	Durchführung der Beweiserhebung	178
7.8.9	Beweiswürdigung	182
8	Beendigung des Rechtsstreits	184
8.1	Klagerücknahme	184
8.2	Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	185
8.3	Versäumnisurteil	186
8.3.1	Begriff der Säumnis	186
8.3.2	Ausschluss der Säumnis	187
8.3.3	Verfahren nach Säumnis	189
8.3.4	Einspruch	190
8.4	Entscheidung nach Aktenlage	194
8.5	Erledigung der Hauptsache	195
8.6	Vergleich	197
8.7	Entscheidung	203
9	Urteil	204
9.1	Beratung	205
9.2	Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung	206
9.3	Urteilsverkündung	207
9.4	Nachgereichte Schriftsätze	207
9.5	Zustellung des Urteils	208
9.6	Inhalt des Urteils	208
9.6.1	Urteilsausspruch	209
9.6.2	Tatbestand und Entscheidungsgründe	210
9.6.3	Rechtsmittelbelehrung	211
9.6.4	Unterschrift	211
9.6.5	Besonderheiten nicht berufungsfähiger Entscheidungen	211
10	Kosten	212
10.1	Gerichtskosten	212
10.2	Außergerichtliche Kosten	216
11	Streitwertbemessung	218
11.1	Urteilsstreitwert	220
11.2	Grundsätze der Streitwertbemessung	220
11.2.1	Geldforderungen	221
11.2.2	Vermögensrechtliche und nicht vermögensrechtliche Streitigkeiten	221
11.2.3	Objektive Klagehäufung	221
11.2.4	Subjektive Klagehäufung	222
11.2.5	Klage und Widerklage	222
11.2.6	Prozessaufrechnung	223
11.2.7	Einzelfälle	223
12	Schriftliches Verfahren und Videoverhandlung	245
12.1	Schriftliches Verfahren	245
12.2	Videoverhandlung	245

13	Rechtskraft	246
13.1	Formelle Rechtskraft	246
13.2	Materielle Rechtskraft	247
13.2.1	Die objektiven Grenzen der Rechtskraft	248
13.2.2	Die zeitlichen Grenzen der Rechtskraft	250
13.2.3	Die subjektiven Grenzen der Rechtskraft	250
13.2.4	Besonderheiten beim Kündigungsschutzprozess und Bestandsschutzverfahren	251
13.3	Beschränkung und Beseitigung der Rechtskraft	252
13.3.1	Abänderungsklage (§ 323 ZPO)	252
13.3.2	Nichtigkeits- und Restitutionsklage	252
13.3.3	Anhörungsrügeverfahren	254
14	Korrektur des Urteils	254
14.1	Berichtigung des Urteils	254
14.2	Tatbestandsberichtigung	255
14.3	Ergänzungsurteil	256
15	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	257
15.1	Anwendungsbereich der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	257
15.2	Voraussetzungen der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	258
15.3	Schuldlose Fristversäumung	259
15.4	Entscheidung über die Wiedereinsetzung und Rechtsbehelfe	264
16	Mahnverfahren	265
16.1	Voraussetzungen des Mahnverfahrens	265
16.1.1	Sachentscheidungs voraussetzungen	265
16.1.2	Anspruch auf Geldzahlung	265
16.2	Das Mahnverfahren	266
16.2.1	Zuständigkeit	266
16.2.2	Mahnantrag	267
16.2.3	Entscheidung über den Mahnantrag	268
16.3	Vollstreckungsbescheid	269
16.4	Rechtsbehelfe des Antragsgegners	269
16.4.1	Widerspruch	269
16.4.1.1	Rechtzeitigkeit	269
16.4.1.2	Verfahren nach rechtzeitigem Widerspruch	270
16.4.1.3	Verspäteter Widerspruch	270
16.4.2	Einspruch	270
16.5	Kosten	271
16.6	Europäisches Mahnverfahren	272
17	Maßnahmen gegen Gerichtspersonen	273
17.1	Ausschluss eines Richters	273
17.2	Ablehnung eines Richters	274
17.3	Selbstablehnung eines Richters	277
17.4	Maßnahmen gegen sonstige Gerichtspersonen	277
17.5	Dienstaufsichtsbeschwerde	278
18	Entschädigung wegen überlanger Verfahrensdauer	278

KAPITEL 3:		
Berufungsverfahren		281
1	Einleitung	281
2	Statthaftigkeit der Berufung	282
3	Beschwer	283
3.1	Allgemeines	283
3.2	Einzelheiten	284
3.3	Bedeutung des Streitwerts	285
3.4.	Berufung nach Erledigung der Hauptsache	287
4	Zulassung der Berufung	287
4.1	Allgemeines	287
4.2	Form der Zulassungsentscheidung	288
4.3	Die Wirkungen der Zulassung	288
4.4	Zulassungsgründe	289
4.4.1	Grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache	289
4.4.2	Tariftreitigkeiten	290
4.4.3	Divergenz	291
5	Anwendung der das erstinstanzliche Verfahren betreffenden Vorschriften	291
5.1	Richterablehnung	291
5.2	Urteile	292
5.3	Verfahren	292
6	Eingeschränkte Prüfungscompetenz	294
6.1	Zuständigkeitsprüfung	294
6.2	Verfahrensart	295
6.3	Mängel bei der Berufung ehrenamtlicher Richter	296
7	Einlegung der Berufung	296
7.1	Berufungsschrift	296
7.2	Berufungsfrist	299
7.3	Parteien des Berufungsverfahrens	301
7.4	Berufungsbegründung	302
7.4.1	Form und Frist	302
7.4.2	Inhalt der Berufungsbegründung	303
7.5	Berufungsbeantwortung	307
7.6	Fristverlängerung	307
8	Präklusionsvorschriften	310
8.1	Allgemeines	310
8.2	Angriffs- und Verteidigungsmittel	311
8.3	Verspätetes erstinstanzliches Vorbringen	312
8.3.1	Nichtbeachtung einer gerichtlich gesetzten Frist	312
8.3.2	Verletzung der allgemeinen Prozessförderungspflicht	313
8.3.3	Bindung an erstinstanzlich erfolgte Zurückweisung verspäteten Vorbringens	315
8.4	Verspätetes Vorbringen im Berufungsverfahren (§ 67 Abs. 4 ArbGG)	316
8.4.1	Fristen für neues Vorbringen im Berufungsverfahren	316
8.4.2	Zulassung verspäteten Vorbringens (§ 67 Abs. 4 S. 2 ArbGG)	316
8.4.3	Rechtsmittel gegen die Zurückweisung verspäteten Vortrags	317

9	Zurückverweisung	317
9.1	Zurückverweisung wegen Verfahrensmangels nach § 538 Abs. 2 Nr. 1 ZPO	317
9.2	Zurückverweisung nach § 538 Abs. 2 S. 1 Nrn. 2–7 ZPO	321
9.3	Verzicht auf Zurückverweisung	323
9.4	Bindung an Zurückverweisung	324
10	Ergänzende Anwendung der §§ 511 ff. ZPO	324
10.1	Berufung gegen Versäumnisurteile	324
10.2	Verzicht, Rücknahme der Berufung, Erledigterklärung	325
10.3	Anschlussberufung	326
10.4	Verwerfung der unzulässigen Berufung	328
10.5	Versäumnisverfahren	328
10.6	Berücksichtigung erstinstanzlich gestellter Hilfsanträge	329
11	Urteil	330
11.1	Inhalt und Form	330
11.2	Absetzung des Urteils	331
11.3	Inhalt des Urteils	332
12	Zulassung der Revision	334
13	Gerichtskostenregelung im Berufungsverfahren	334
KAPITEL 4:		
	Revisionsverfahren	337
1	Rechtsgrundlagen	337
1.1	Überblick	337
1.2	Der Zugang zum Bundesarbeitsgericht	338
1.2.1	Erweiterung der Zulassungsgründe	338
1.2.2	Erweiterung der Abhilferegelung (§ 78a ArbGG)	339
1.2.3	Sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Berufungsurteils (§ 72b ArbGG)	339
1.3	Statthaftigkeit der Revision	339
2	Revisible Urteile	340
2.1	Endurteile des Landesarbeitsgerichts	340
2.2	Nicht reversible Urteile des Landesarbeitsgerichts	340
2.2.1	Zwischenurteil – Grundurteil	340
2.2.2	Arrest oder einstweilige Verfügung	341
2.2.3	Sofortige Beschwerde	341
2.2.4	Grundsatz der Meistbegünstigung	341
3	Zulassung der Revision durch das Landesarbeitsgericht	342
3.1	Die Zulassungsgründe – Überblick	342
3.1.1	Grundsätzliche Bedeutung einer entscheidungserheblichen Rechtsfrage (§ 72 Abs. 2 Nr. 1 ArbGG)	342
3.1.1.1	Die Rechtsfrage	343
3.1.1.2.	Klärungsfähigkeit – Klärungsbedürftigkeit	344
3.1.1.3	Grundsätzliche Bedeutung der Rechtsfrage	345
3.1.1.4	Entscheidungserheblichkeit	346
3.1.2	Divergenz (§ 72 Abs. 2 Nr. 2 ArbGG)	346
3.1.2.1	Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts	347

3.1.2.2	Die angezogene andere Entscheidung	349
3.1.2.3	Die voneinander abweichenden Rechtssätze	350
3.1.3	Absolute Revisionsgründe als Zulassungsgrund (§ 72 Abs. 3 Nr. 3, 1. Alt. ArbGG i. V. m. § 547 Nr. 1–5 ZPO) . . .	350
3.1.3.1	Überblick	350
3.1.3.2	Die absoluten Revisionsgründe in § 547 Nr. 1–5 ZPO	351
3.1.3.3	Praktische Bedeutung der Zulassungsgründe	357
3.1.4	Verletzung des rechtlichen Gehörs als Zulassungsgrund (§ 72 Abs. 3 Nr. 3, 2. Alt. ArbGG)	358
3.1.4.1	Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	358
3.1.4.2	Verhältnis zu § 78a ArbGG.	360
3.1.4.3	Praktische Bedeutung des Zulassungsgrundes	361
3.1.5	Verletzung sonstiger Verfahrensgrundrechte	361
3.2	Entscheidung über die Zulassung	363
3.2.1	Pflicht zur Zulassung	363
3.2.2	Form der Zulassungsentscheidung	363
3.2.3	Umfang der Revisionszulassung	364
3.3	Wirkungen der Zulassung	365
3.3.1	Unbeschränkte Zulassung	365
3.3.2	Beschränkte Zulassung	366
3.3.3	Statthaftigkeit der Revision	366
3.4	Rechtsmittel und Rechtsmittelbelehrung	367
3.4.1	Zulassung der Revision	367
3.4.2	Keine Zulassung der Revision	367
4	Die Nichtzulassungsbeschwerde	368
4.1	Grundsätze	368
4.2	Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde	370
4.2.1	Frist	370
4.2.2	Form und Inhalt	371
4.2.3	Beschwer – sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	373
4.2.4	Bedingte – vorsorgliche Einlegung	373
4.2.5	Wirkungen der Nichtzulassungsbeschwerde	374
4.2.6	Verzicht auf Rechtsmittel	374
4.3	Einstellung der Zwangsvollstreckung	374
4.4	Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde	374
4.4.1	Form und Frist	374
4.4.2	Inhalt der Begründung	375
4.4.2.1	Darlegungslast bei der Nichtzulassungsbeschwerde wegen grund- sätzlicher Bedeutung	377
4.4.2.2	Darlegungslast bei der Nichtzulassungsbeschwerde wegen Diver- genz	380
4.4.2.3	Darlegungslast bei der Nichtzulassungsbeschwerde wegen absolu- ter Revisionsgründe	383
4.4.2.4	Darlegungslast – Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	385
4.5	Das Verfahren	390
4.5.1	Bindung an die Beschwerdegründe	390
4.5.2	Form der Entscheidung – Mitwirkung der ehrenamtlichen Richter	391
4.5.3	Inhalt und Wirkungen der Entscheidung	391
4.5.4	Prozesskostenhilfe	392

4.5.5	Rücknahme der Beschwerde – übereinstimmende Erledigungs- erklärung	393
4.5.6	Kosten – Anwaltsgebühren	393
4.5.7	Rechtsmittel – Anhörungsrüge – Wiederaufnahme des Verfahrens	394
5	Die sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Berufungsurteils (§ 72b ArbGG)	395
5.1	Überblick	395
5.2	Das Verfahren	395
5.2.1	Die Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	395
5.2.2	Verhältnis zur Nichtzulassungsbeschwerde und Revision	396
5.2.3	Einlegung und Begründung	397
5.2.4	Die Entscheidung über die sofortige Beschwerde	397
6	Die Revision	398
6.1	Anwendbare Rechtsvorschriften	398
6.1.1	Vorschriften der Zivilprozessordnung	398
6.1.2	Vorschriften des erstinstanzlichen Verfahrens	398
6.1.3	Prozesskostenhilfe	399
6.2	Die Zulässigkeit der Revision	399
6.2.1	Statthaftigkeit der Revision	399
6.2.2	Die weiteren Zulässigkeitsvoraussetzungen	399
6.3	Einlegung der Revision	400
6.3.1	Die Revisionsfrist	400
6.3.2	Form der Einlegung	401
6.3.3	Inhalt der Revisionsschrift	403
6.3.3.1	Grundsätze	403
6.3.3.2	Bezeichnung des Urteils	403
6.3.3.3	Die Erklärung, Revision einzulegen	404
6.3.3.4	Wirkungen der Einlegung der Revision	404
7.	Die Revisionsbegründung	404
7.1	Die Begründungsfrist	405
7.2	Form der Revisionsbegründung	406
7.3	Erforderlicher Inhalt der Revisionsbegründung	407
7.3.1	Grundsätze	407
7.3.2	Der Revisionsantrag	407
7.3.3	Darlegung der Revisionsgründe	409
7.3.3.1	Grundsätze	409
7.3.3.2	Erhebung materiell-rechtlicher Rügen (Sachrügen)	410
7.3.3.3	Geltendmachung von Verfahrensrügen	411
7.4	Erwiderung des Revisionsbeklagten	414
7.5	Verletzung einer Rechtsnorm	414
7.5.1	Grundsätze	414
7.5.2	Innerdeutsches Gesetzesrecht	415
7.5.3	Ausländisches Recht	415
7.5.4	Gemeinschaftsrecht	415
7.5.5	Normatives Privatrecht	416
7.5.6	Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe – Beurteilungsspiel- raum – Ermessen Schadensschätzung	417
7.5.7	Auslegung von Willenserklärungen und Verträgen – Vergleich – AGB	419
7.5.8	Auslegung von Prozesshandlungen und Prozessvergleichen	423
7.5.9	Allgemeine Denkgesetze und Erfahrungssätze	424

7.5.10	Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts bei fehlerhafter Auslegung	425
7.6	Absolute Revisionsgründe	425
7.6.1	Grundsätze	425
7.6.2	Fehlen von Tatbestand und Entscheidungsgründen	425
7.6.3	Ausgeschlossene Revisionsgründe	427
7.6.4	Unrichtige Feststellungen im Tatbestand	429
7.7	Begründung bei mehreren prozessualen Ansprüchen (Streitgegenständen)	429
7.8	Revisionsbegründung durch Bezugnahme	429
7.8.1	Bezugnahme auf die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde	429
7.8.2	Bezugnahme auf Schriftsätze	430
7.9	Verfahrensrügen durch den Revisionsbeklagten	430
7.10	Von Amts wegen zu beachtende Verfahrensfehler oder Verfahrensvoraussetzungen	430
7.11	Auf der Gesetzesverletzung beruhende Entscheidung (Kausalität)	434
7.12	Beschwer des Revisionsklägers	435
7.13	Verfahrensgrundsätze	435
7.13.1	Klageänderungen – Klageerweiterungen – Parteiwechsel	435
7.13.2	Einschränkung oder Erweiterung des Revisionsantrages	438
7.13.3	Erstmalige Erhebung einer Widerklage – Zwischenfeststellungsklage	438
7.13.4	Hilfsantrag in der Revisionsinstanz	438
7.13.5	Rücknahme der Revision	439
7.13.6	Verzicht auf die Revision	439
7.13.7	Vergleich – Erledigung der Hauptsache	440
7.13.8	Unterbrechung und Aussetzung des Revisionsverfahrens	441
7.13.9	Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	442
7.14	Die Anschlussrevision	442
7.15	Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts	443
7.15.1	Prüfung der Zulässigkeit	443
7.15.2	Verwerfung der unzulässigen Revision	443
7.15.3	Verfahren bei Zulässigkeit der Revision	444
7.15.3.1	Grundsätze	444
7.15.3.2	Die Überprüfung des angefochtenen Urteils	444
7.15.3.3	Bindung an den vom Berufungsgericht festgestellten Tatbestand	445
7.15.3.4	Prüfung materiell-rechtlicher Revisionsgründe	447
7.15.3.5	Prüfung von Verfahrensfehlern	447
7.15.4	Änderung der Rechtsprechung und Vertrauensschutz	447
7.15.5	Zurückweisung der Revision	448
7.15.6	Entscheidung bei begründeter Revision	448
7.15.6.1	Grundsätze	448
7.15.6.2	Zurückverweisung	449
7.15.6.3	Wirkungen der Zurückverweisung	450
7.15.6.4	Sachentscheidung	450
7.15.7	Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts	451
7.15.7.1	Form und Inhalt	451
7.15.7.2	Verkündung des Urteils	452
7.15.7.3	Kosten – Anwaltsvergütung	453
7.15.7.4	Zustellung des Urteils	454

7.15.8	Säumnisverfahren vor dem Bundesarbeitsgericht	454
7.15.9	Zuständigkeit des Revisionsgerichts bei Anfechtung eines Vergleichs	455
7.16	Anrufung des Großen Senats – Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe	455
7.16.1	Zuständigkeit	455
7.16.2	Die Divergenzvorlage	456
7.16.3	Die Grundsatzvorlage	456
8	Die Sprungrevision	457
8.1	Grundsätze	457
8.2	Die Voraussetzungen für die Zulassung der Sprungrevision	457
8.2.1	Antrag auf Zulassung	457
8.2.2	Zustimmung des Gegners	458
8.2.3	Die Zulassungsgründe	458
8.3	Die Entscheidung über die Zulassung der Sprungrevision	459
8.4	Umfang der Zulassung	459
8.5	Rechtsmittelbelehrung	460
8.6	Wirkungen der Zulassung – Nichtzulassung	460
8.7	Rechtsmittel gegen die Entscheidung über die Zulassung	461
8.8	Rechtsmittel gegen das Urteil des Arbeitsgerichts	461
8.9	Einlegung der Sprungrevision	462
8.9.1	Form und Frist	462
8.9.2	Wirkungen der Sprungrevision	463
8.9.3	Das Verfahren	463
8.9.3.1	Grundsätze	463
8.9.3.2	Ausschluss von Verfahrensrügen	463
8.9.3.3	Unstatthafte Sprungrevision	463
8.9.3.4	Zurückverweisung bei der Sprungrevision	464

**KAPITEL 5:
Beschwerdeverfahren** 465

1	Einführung	465
2	Andere Rechtsbehelfe	466
2.1	Dienstaufsichtsbeschwerde – Gegenvorstellung – Erinnerung – Justizverwaltungsakte	466
2.2	Weitere Rechtsbehelfe zum Bundesarbeitsgericht	469
3	Die sofortige Beschwerde gegen Entscheidungen der ersten Instanz	470
3.1	Statthaftigkeit der Beschwerde	470
3.2	Beschwer – Beschwerdewert	472
3.3	Beschwerdefrist	473
3.4	Das Verfahren	474
3.4.1	Einreichung der sofortigen Beschwerde	474
3.4.2	Beschwerdebegründung	475
3.4.3	Präklusionsvorschriften	475
3.4.4	Aufschiebende Wirkung	476
3.4.5	Abhilfe	476
3.5	Rücknahme der Beschwerde	477
3.6	Die Anschlussbeschwerde	478

3.7	Die Entscheidung über die Beschwerde	478
3.8	Die Zulassung der Rechtsbeschwerde	480
4	Beschwerde gegen Entscheidungen des Landesarbeitsgerichts	482
4.1	Grundsätze	482
4.2	Die Rechtsbeschwerde	483
4.2.1	Allgemeines	483
4.2.2	Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde	483
4.2.3	Rechtswegentscheidungen	484
4.2.4	Die Einlegung der Rechtsbeschwerde	484
4.2.5	Die Beschwerdebegründung	485
4.2.6	Aufschiebende Wirkung	486
4.2.7	Änderung des Antrags	486
4.2.8	Die Anschlussrechtsbeschwerde	486
4.2.9	Die Entscheidung	487
4.3	Die Revisionsbeschwerde	488
4.3.1	Grundsätze	488
4.3.2	Entscheidung des Landesarbeitsgerichts	489
4.3.3	Einlegung und Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde	489
4.3.4	Entscheidung über die Nichtzulassungsbeschwerde	490
4.3.5	Einlegung und Begründung der Revisionsbeschwerde	490
4.3.6	Entscheidung über die Revisionsbeschwerde	490
4.4	Weitere oder außerordentliche Beschwerde	491
5	Die Anhörungsrüge nach § 78a ArbGG	492
5.1	Allgemeines	492
5.2	Rügefähige Entscheidungen	494
5.3	Die Einreichung der Anhörungsrüge	496
5.4	Die Begründung der Anhörungsrüge	497
5.5	Die Entscheidung über die Anhörungsrüge	498
5.5.1	Das Verfahren	498
5.5.2	Unzulässige Rüge	498
5.5.3	Zulässige Rüge	499
5.6	Vollstreckungsschutz	499
KAPITEL 6:		
Beschlussverfahren		501
1	Zuständigkeit im Beschlussverfahren	501
1.1	Angelegenheiten aus dem BetrVG (§ 2a Abs. 1 Nr. 1 ArbGG) ...	501
1.1.1	Betriebsverfassungsrechtliche und andere kollektivrechtliche Streitigkeiten	501
1.1.2	Betriebsverfassungsrechtliche oder individualrechtliche Streitigkeit	503
1.1.3	Betriebsverfassungsrechtliche Streitigkeiten aus der InsO	505
1.2	Angelegenheiten aus dem SprAuG (§ 2a Abs. 1 Nr. 2 ArbGG) ...	506
1.3	Angelegenheiten aus den Mitbestimmungsgesetzen (§ 2a Abs. 1 Nr. 3 ArbGG)	506
1.4	Angelegenheiten aus den §§ 177, 178 und 222 SGB IX (§ 2a Abs. 1 Nr. 3a ArbGG)	507
1.5	Angelegenheiten aus dem Gesetz über Europäische Betriebsräte (§ 2a Abs. 1 Nr. 3b ArbGG)	507

1.6	Angelegenheiten aus § 51 Berufsbildungsgesetz (§ 2a Abs. 1 Nr. 3 c ArbGG) und aus § 10 Bundesfreiwilligendienstgesetz (§ 2a Abs. 1 Nr. 3d ArbGG)	507
1.7	Angelegenheiten aus dem SE-Beteiligungsgesetz, dem SCE-Beteiligungsgesetz und dem Gesetz über die Mitbestimmung bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung (§ 2a Abs. 1 Nr. 3e–g ArbGG)	508
1.8	Entscheidungen über Tarfzuständigkeit und Tariffähigkeit (§ 2a Abs. 1 Nr. 4 ArbGG), über die Wirksamkeit einer Allgemeinverbindlicherklärung (§ 2a Abs. 1 Nr. 5 ArbGG), über den nach § 4a Abs. 2 Satz 2 TVG im Betrieb anwendbaren Tarifvertrag (§ 2a Abs. 1 Nr. 6 ArbGG)	508
1.9	Kompetenzkonflikt: Urteils- oder Beschlussverfahren	509
1.10	Beschlussverfahren und Einigungsstellenzuständigkeit	510
2	Örtliche Zuständigkeit (§ 82 ArbGG)	511
3	Funktionelle Zuständigkeit	513
4	Einleitung des Beschlussverfahrens (Bedeutung des Antrags)	513
4.1	Antragsarten	514
4.1.1	Leistungsantrag	514
4.1.2	Feststellungsantrag	515
4.1.3	Gestaltungsantrag	516
4.2	Antragsschrift	517
4.3	Anforderungen an die Antragsschrift	517
4.3.1	Formerfordernisse	517
4.3.2	Bezeichnung der Beteiligten	518
4.3.3	Bestimmtheit des Antrags und Probleme des Globalantrags	518
4.4	Antragsbefugnis	520
4.5	Beteiligungsbefugnis und Beteiligtenfähigkeit	523
4.5.1	Beteiligtenfähigkeit	523
4.5.2	Beteiligungsbefugnis	524
4.6	Rechtsschutzinteresse	525
4.6.1	Allgemeines Interesse an der Rechtsverfolgung	525
4.6.2	Feststellungsinteresse	525
4.7	Vertretung	527
4.8	Kosten und Prozesskostenhilfe	527
5	Durchführung des Beschlussverfahrens	529
5.1	Einreichung und Zustellung der Antragsschrift	529
5.2	Ladung aller Beteiligten zum Anhörungstermin	530
5.2.1	Beteiligte und deren Feststellung	530
5.2.1.1	Formelle und materielle Beteiligung	530
5.2.1.2	Antragsgegner	531
5.2.1.3	Die einzelnen Beteiligten	531
5.2.1.4	Beteiligungsbefugnis und Streitverkündung/Nebenintervention	535
5.2.1.5	Rechtliches Gehör	535
5.2.2	Auseinanderfallen der Beteiligtenstellung und Beteiligungsbefugnis	535
5.3	Anhörungstermin	536
5.3.1	Gerichtsbesetzung	537
5.3.2	Antragstellung und Antragsänderung	537
5.3.3	Erörterung der Sach- und Rechtslage	539

5.3.4	Verfahrensgrundsätze	539
5.3.4.1	Dispositionsmaxime	539
5.3.4.2	Untersuchungsgrundsatz	539
5.3.5	Beweiserhebung	541
5.4	Beendigung des Verfahrens	541
5.4.1	Antragsrücknahme	541
5.4.2	Erledigung der Hauptsache	542
5.4.3	Vergleich	543
5.4.4	Beschluss	544
5.5	Instanzenbeendender Beschluss	544
5.5.1	Entscheidung und Beratung	544
5.5.2	Verkündung	545
5.5.3	Zustellung	545
5.5.4	Inhalt des Beschlusses	545
5.5.4.1	Rubrum, Rechtsmittelbelehrung und Tenor	545
5.5.4.2	Gründe	546
5.5.5	Gegenstandswert des Beschlussverfahrens	546
5.5.5.4	Prozesskostenhilfe	552
5.5.6	Vorläufige Vollstreckbarkeit	552
6	Rechtskraft	552
7	Besondere Beschlussverfahren	553
7.1	Einsetzung einer Einigungsstelle	553
7.2	Entscheidung über die Tariffähigkeit oder die Tariffähigkeit	554
7.3	Entscheidung über die Wirksamkeit einer Allgemeinverbind- licherklärung oder Rechtsverordnung	555
7.4	Entscheidung über den nach § 4a Abs. 2 S. 2 TVG im Betrieb anwendbaren Tarifvertrag	556
KAPITEL 7:		
Beschwerde im Beschlussverfahren		559
1	Grundsätze	559
2	Anzuwendende Vorschriften	559
3	Zulässigkeitsvoraussetzungen der Beschwerde	561
3.1	Statthaftigkeit der Beschwerde	561
3.2	Antrags- und Beschwerdebefugnis	561
3.3	Beschwerer	562
4	Einlegung der Beschwerde	563
4.1	Form und Frist	563
4.2	Beschlüsse über die Einsetzung und Besetzung der Einigungs- stelle	563
4.3	Inhalt der Beschwerdeschrift	564
5	Begründung der Beschwerde	564
5.1	Form und Frist	564
5.2	Inhalt der Beschwerdebegründung	565
5.3	Antrag	566

6	Die Verwerfung der unzulässigen Beschwerde	567
6.1	Grundsätze	567
6.2	Zustellung	568
6.3	Rechtsmittel	568
7	Das weitere Verfahren bei Zulässigkeit der Beschwerde	569
7.1	Grundsätze	569
7.2	Feststellung der Beteiligten	569
7.3	Vertretung	569
7.4	Zustellung der Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung – Ladung der Beteiligten	570
7.5	Äußerung der Beteiligten – Fristsetzung – Zurückweisung wegen Verspätung – neue Angriffs- und Verteidigungsmittel	570
7.6	Ladung der Beteiligten	571
7.7	Anhörung der Beteiligten vor der Kammer	571
7.8	Überprüfung des erstinstanzlichen Beschlusses – ausgeschlossene Beschwerdegründe	571
7.9	Rücknahme der Beschwerde	572
7.10	Rücknahme des Antrags – Erledigungserklärung – Vergleich	573
7.11	Verzicht auf die Beschwerde oder ein Rechtsmittel	573
7.12	Wirkungen der Beschwerde	573
7.13	Die Anschlussbeschwerde	574
7.14	Die Entscheidung über die Beschwerde	575
8	Die Zulassung der Rechtsbeschwerde	576
9.	Vollstreckbarkeit und Rechtskraft – Kosten und Streitwert ...	576
 KAPITEL 8: Rechtsbeschwerde im Beschlussverfahren		
1	Grundsätze	577
2	Rechtsbeschwerdefähige Beschlüsse	577
3	Die sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Beschwerdebeschlusses	579
4	Die Verfahrensgrundsätze	579
5	Vertretung der Beteiligten	580
6	Zulassung der Rechtsbeschwerde	580
7	Die Nichtzulassungsbeschwerde	581
7.1	Grundsätze	581
7.2	Beschwerdeberechtigung	581
7.3	Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde	581
7.4	Die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde	582
7.5	Das Verfahren	583
8	Das Rechtsbeschwerdeverfahren	583
8.1	Beschwerdebefugnis und Beschwer	583
8.2	Einlegung der Rechtsbeschwerde – Form und Frist	584
8.3	Erforderlicher Inhalt	585

8.4	Wirkungen der Rechtsbeschwerde	585
8.5	Die Begründung der Rechtsbeschwerde	585
8.5.1	Form und Frist	585
8.5.2	Inhalt der Rechtsbeschwerdebegründung	585
8.5.3	Ausgeschlossene Rechtsbeschwerdegründe	587
8.5.4	Änderung und Erweiterung der Anträge – neuer Tatsachenvortrag – Widerantrag	587
9	Die Anschlussrechtsbeschwerde	588
10.	Die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts	588
10.1	Verwerfung der unzulässigen Rechtsbeschwerde	588
10.2	Verfahren bei zulässiger Rechtsbeschwerde	589
10.2.1	Schriftliches Verfahren – Anhörung der Beteiligten	589
10.2.2	Äußerung der Beteiligten	589
10.2.3	Antragsrücknahme – Rücknahme der Rechtsbeschwerde – Verzicht	589
10.2.4	Vergleich – Erledigung der Hauptsache	590
10.3	Die Entscheidung bei zulässiger Rechtsbeschwerde	590
10.3.1	Die Grundlagen der Entscheidung	591
10.3.2	Der Beschluss des Bundesarbeitsgerichts	592
11	Sprungrechtsbeschwerde	592
11.1	Grundsätze	592
11.2	Antrag auf Zulassung – Zustimmung der Beteiligten	593
11.3	Entscheidung über den Zulassungsantrag – Wirkungen	593
11.4	Einlegung der Sprungrechtsbeschwerde – Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts	594

**KAPITEL 9:
Einstweiliger Rechtsschutz** 595

1	Einleitung	595
2	Grundsätze des einstweiligen Rechtsschutzes im Zivilprozess ..	595
2.1	Arrest	597
2.1.1	Arrestanspruch und Arrestgrund	597
2.1.2	Vollziehung des Arrests	598
2.1.3	Rechtsbehelfe	598
2.2	Einstweilige Verfügung	600
2.2.1	Allgemeines	600
2.2.2	Die Sicherungsverfügung	600
2.2.3	Die Regelungsverfügung	600
2.2.4	Die Leistungsverfügung	601
2.2.5	Die Feststellungsverfügung	601
2.2.6	Verfahrensgrundsätze	602
2.2.7	Rechtsbehelfe	603
3	Vorläufiger Rechtsschutz im arbeitsgerichtlichen Urteilsverfahren	604
3.1	Verfahrensgrundsätze	604
3.2	Zuständigkeit	604
3.3	Verfahren	605
3.3.1	Arrest	605

3.3.2	Einstweilige Verfügung	605
3.3.3	Vollziehung	606
3.3.4	Rechtsbehelfe	606
3.4	Einzelfälle	608
3.4.1	Der Beschäftigungsanspruch im bestehenden Arbeitsverhältnis ..	608
3.4.1.1	Verfügungsanspruch	609
3.4.1.2	Verfügungsgrund	610
3.4.1.3	Interessenabwägung	610
3.4.2	Der Weiterbeschäftigungsanspruch im in seinem Bestand umstrittenen Arbeitsverhältnis	612
3.4.2.1	Verfügungsanspruch	612
3.4.2.2	Verfügungsgrund	613
3.4.3	Weiterbeschäftigung bei offensichtlich unwirksamer Kündigung?	613
3.4.4	Der betriebsverfassungsrechtliche Weiterbeschäftigungsanspruch nach § 102 Abs. 5 BetrVG	614
3.4.4.1	Verfügungsanspruch	615
3.4.4.2	Verfügungsgrund	616
3.4.5	Die Entbindung von der Weiterbeschäftigungspflicht gemäß § 102 Abs. 5 S. 2 BetrVG	617
3.4.5.1	Verfügungsanspruch	617
3.4.5.2	Verfügungsgrund	618
3.4.6	Der Urlaubsanspruch	619
3.4.6.1	Verfügungsanspruch	621
3.4.6.2	Verfügungsgrund	621
3.4.7	Wettbewerbsenthaltung	622
3.4.7.1	Allgemeines	622
3.4.7.2	Verfügungsanspruch	623
3.4.7.3	Verfügungsgrund	625
3.4.8	Direktionsrecht	626
3.4.8.1	Verfügungsanspruch	626
3.4.8.2	Verfügungsgrund	627
3.4.8.3	Inhalt der einstweiligen Verfügung	628
3.4.9	Versetzung	629
3.4.9.1	Verfügungsanspruch	630
3.4.9.2	Verfügungsgrund	630
3.4.10	Vergütung	630
3.4.10.1	Verfügungsanspruch	631
3.4.10.2	Verfügungsgrund	631
3.4.10.3	Inhalt der einstweiligen Verfügung	632
3.4.11	Arbeitspapiere	633
3.4.11.1	Allgemeines	633
3.4.11.2	Verfügungsanspruch	634
3.4.11.3	Verfügungsgrund	634
3.4.12	Zeugnis	635
3.4.12.1	Allgemeines	635
3.4.12.2	Verfügungsanspruch	635
3.4.12.3	Verfügungsgrund	637
3.4.12.4	Inhalt der einstweiligen Verfügung	637
3.4.13	Teilzeit	638
3.4.13.1	Allgemeines	638
3.4.13.2	Verfügungsanspruch	639
3.4.13.3	Verfügungsgrund	639
3.4.14	Sonstige Ansprüche	640

4	Vorläufiger Rechtsschutz im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren	641
4.1	Die einstweilige Verfügung	641
4.1.1	Verfahrensgrundsätze	641
4.1.2	Zuständigkeit	645
4.1.3	Rechtsbehelfe	645
4.1.4	Kosten, Vollstreckung	647
4.1.5	Ausschluss der einstweiligen Verfügung	648
4.2	Einzelfälle	649
4.2.1	Gewerkschaftliches Zugangsrecht zum Betrieb	649
4.2.1.1	Allgemeines	649
4.2.1.2	Verfügungsanspruch	650
4.2.1.3	Verfügungsgrund	651
4.2.2	Betriebsratswahlen	652
4.2.2.1	Allgemeines	652
4.2.2.2	Verfügungsanspruch	654
4.2.2.3	Verfügungsgrund	655
4.2.3	Betriebsversammlungen	656
4.2.3.1	Allgemeines	656
4.2.3.2	Verfügungsanspruch	656
4.2.3.3	Verfügungsgrund	657
4.2.4	Unterlassungsansprüche des Betriebsrats in Angelegenheiten der Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten (§ 87 BetrVG)	658
4.2.4.1	Allgemeines	658
4.2.4.2	Verfügungsanspruch	658
4.2.4.3	Verfügungsgrund	659
4.2.5	Betriebsänderungen	660
4.2.5.1	Allgemeines	660
4.2.5.2	Einstweilige Verfügung zur Durchsetzung des Informations- und Beratungsrechts	661
4.2.5.3	Einstweilige Verfügung auf Unterlassung einer Betriebsänderung	662
4.2.5.3.1	Verfügungsanspruch	662
4.2.5.3.2	Verfügungsgrund	663
4.2.5.4	Weitere Einzelfälle	664
5	Vorläufiger Rechtsschutz im Arbeitskampf	665
5.1	Allgemeines	665
5.2	Die einstweilige Verfügung zur Abwehr von Streikmaßnahmen ..	667
5.2.1	Verfügungsanspruch	667
5.2.2	Verfügungsgrund	669
5.3	Die einstweilige Verfügung zur Abwehr von Aussperrungsmaßnahmen	670
5.3.1	Verfügungsanspruch	671
5.3.2	Verfügungsgrund	673
KAPITEL 10:		
	Zwangsvollstreckung im arbeitsgerichtlichen Verfahren	675
1	Allgemeines	675
2	Grundlagen des Zwangsvollstreckungsrechts	675
2.1	Grundsätze	675

2.2	Arten der Zwangsvollstreckung – Arbeitsgericht als Vollstreckungsorgan	675
2.3	Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	676
2.3.1	Grundsätze	676
2.3.2	Allgemeine Prozessvoraussetzungen	677
2.3.3	Vollstreckungsvoraussetzungen (Überblick)	677
2.4	Endurteil als Vollstreckungstitel	677
2.4.1	Begriff	677
2.4.2	Vollstreckbarkeit	677
2.4.3	Ausschluss der vorläufigen Vollstreckbarkeit im Urteil	678
2.4.3.1	Voraussetzungen	678
2.4.3.2	Vollstreckung von Zahlungsansprüchen	678
2.4.3.3	Vollstreckung auf Beschäftigung oder Weiterbeschäftigung	679
2.4.3.4	Vollstreckung auf Unterlassung, Duldung oder Vornahme einer Handlung	681
2.4.3.5	Antrag und Glaubhaftmachung	681
2.4.3.6	Entscheidung des Arbeitsgerichts oder Landesarbeitsgerichts	682
2.4.4	Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung bei Einlegung eines Rechtsbehelfs oder Rechtsmittels	682
2.4.5	Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung bei Einlegung der Revision	683
2.4.6	Rechtsbehelfe	684
2.4.7	Sonstige Fälle der einstweiligen Einstellung der Vollstreckung	684
2.4.7.1	Einstellung der Zwangsvollstreckung bei Vollstreckungsabwehrklage	684
2.4.7.2	Einstellung der Zwangsvollstreckung bei Erinnerung gegen die Erteilung der Vollstreckungsklausel	684
2.5	Aufhebung eines für vorläufig vollstreckbar erklärten Urteils	685
2.6	Weitere Vollstreckungstitel	685
2.6.1	Grundsätze	685
2.6.2	Prozessvergleich	685
2.6.3	Kostenfestsetzungsbeschluss	686
2.6.4	Vollstreckungsbescheid	686
2.6.5	Vollstreckbare Urkunde	686
2.7	Vollstreckbarer Inhalt des Vollstreckungstitels	687
2.7.1	Grundsätze	687
2.7.2	Auslegung eines Prozessvergleiches	688
2.7.3	Vergütungsansprüche des Arbeitnehmers	688
2.7.4	Abrechnung des Arbeitsverhältnisses	689
2.7.5	Beschäftigung – Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers	690
2.7.6	Zeugnis	691
2.8	Die Vollstreckungsklausel	693
2.8.1	Grundsätze	693
2.8.2	Verfahren – zuständiges Organ – Klauselerinnerung	694
2.8.3	Titelumschreibung bei arbeitsrechtlichen Titeln	694
2.8.4	Klage auf Erteilung der Vollstreckungsklausel	695
2.9	Die Zustellung des Vollstreckungstitels	695
3	Arbeitsgericht als Vollstreckungsorgan	696
3.1	Abgrenzungen	696
3.2	Ersatzvornahme bei vertretbaren Handlungen (§ 887 ZPO) – Abgrenzung	696
3.3	Erzwingung unvertretbarer Handlungen (§ 888 ZPO)	697

3.4	Verurteilung zur Vornahme einer Handlung und Festsetzung einer Entschädigung	699
3.5	Erzwingung von Duldungen oder Unterlassungen (§ 890 ZPO)	700
3.6	Das Verfahren bei der Zwangsvollstreckung gemäß §§ 887 bis 890 ZPO	701
3.7	Zwangsvollstreckung zur Abgabe von Willenserklärungen (§ 894 ZPO)	702
3.8	Einzelfälle	703
4	Zwangsvollstreckung und Insolvenz	706
5	Fortsetzung der Zwangsvollstreckung bei Auflösung einer juristischen Person	706
6	Kosten der Zwangsvollstreckung – Gegenstandswert	707
7	Rechtsbehelfe bei Zwangsvollstreckung durch das Arbeitsgericht	707
7.1	Grundsätze	707
7.2	Abgrenzungen	708
7.2.1	Einstellung oder Beschränkung der Zwangsvollstreckung gemäß § 775 ZPO	708
7.2.2	Sofortige Beschwerde – Vollstreckungserinnerung	709
7.2.3	Sofortige Beschwerde – Vollstreckungsgegenklage	709
7.3	Die sofortige Beschwerde	709
7.3.1	Form, Frist und Verfahrensvoraussetzungen	709
7.3.2	Verfahren	710
7.3.3	Gegenstandswert – Kosten	710
8	Vollstreckungsgegenklage (§ 767 ZPO)	711
8.1	Statthaftigkeit	711
8.2	Verfahrensvoraussetzungen	712
8.3	Zuständigkeit	712
8.3.1	Klage gegen gerichtliche Entscheidung oder Prozessvergleich ...	712
8.3.2	Klage gegen eine vollstreckbare Urkunde	712
8.4	Begründetheit der Vollstreckungsgegenklage	713
8.4.1	Grundsätze	713
8.4.2	Die Präklusion von Einwendungen	713
8.5	Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	715
8.6	Rechtsmittel	715
8.7	Kosten – Gegenstandswert	715
8.8	Klage auf Herausgabe des Titels	715
8.9	Unterlassung der Zwangsvollstreckung bei Titelererschleichung ...	715
9	Zwangsvollstreckung im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren	716
9.1	Grundsätze	716
9.2	Vollstreckbarkeit von Beschlüssen	717
9.3	Betriebliche Stellen als Vollstreckungsschuldner	718
9.4	Vollstreckung gemäß § 23 Abs. 3 BetrVG	719
9.5	Vermögensrechtliche Streitigkeiten	722
9.6	Nichtvermögensrechtliche Streitigkeiten	723
9.7	Vollstreckungsabwehrantrag	724

ANHANG:		
Streitwertkatalog für die Arbeitsgerichtsbarkeit		727
Vorbemerkung		727
1. Urteilsverfahren		727
2. Beschlussverfahren		733
Literaturverzeichnis		737
Sachverzeichnis		741